



Region Hannover



Rettet unsere Kommunen – Für den Erhalt kommunaler Selbstverwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge

Gemeinsam für Hannover

Die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland und der damit verbundene Lebensstandard der Menschen befinden sich im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau. Trotzdem ist die gegenwärtige Lage von höchster Staatsverschuldung und leeren öffentlichen Kassen geprägt (Unterfinanzierung im Bildungsbereich, Defizite bei der sozialen Infrastruktur). Verursacht wurde dies durch eine sozial unausgewogene Verteilung von Einkommen und Vermögen. Auch die guten wirtschaftlichen Jahre 2005 – 2008 haben das Auseinandergehen der Schere nicht gebremst. Diese soziale Schieflage stellt auf Dauer eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Die staatlichen Leistungen, die Einwohnerinnen und Einwohner wahrnehmen, werden fast ausschließlich von Kommunen bereitgestellt, oder von ihnen durch Zuschüsse initiiert: Kindergärten, Schulen, Bäder, Theater, Sportförderung, Brandschutz, öffentlicher Personennahverkehr, Jugendhilfe, Grundsicherung, sozialer Wohnungsbau, Instandhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen etc..

Erst die Summe all dieser Angebote schafft das, was wir alle zu Recht von der Bundesrepublik erwarten: einen modernen Dienstleistungsstaat für alle Einwohnerinnen und Einwohner.

Die seit Jahren strukturelle Unterfinanzierung der Kommunalhaushalte und die aktuellen Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gefährden diese öffentliche Daseinsvorsorge. Die kommunale Handlungsfähigkeit ist fast auf null reduziert. Dadurch entstehen Misstrauen der Einwohnerinnen und Einwohner und weitere Politikverdrossenheit mit unabsehbaren Folgen.

Mit anderen Worten:

Die Städte, Gemeinden, Landkreise in Deutschland stehen in der größten Finanzkrise der Nachkriegsgeschichte und dadurch ist die kommunale Selbstverwaltung gefährdet, das Kernstück unserer Demokratie.

Einige Zahlen:

- Nach einem kommunalen Defizit von 7,1 Mrd. € im Jahr 2009 droht 2010 ein Rekorddefizit von 15 Mrd. €.
- 2010 werden die kommunalen Gebietskörperschaften fast 15% weniger Einnahmen haben als 2008, das sind 11,5 Mrd. €.
- Die Steuerschätzung von Mai 2010 erklärt die Städte zu den großen Verlierern: Sie sind im Vergleich zu ihrem Anteil am Steuertopf überproportional von den Mindereinnahmen betroffen und werden sich auch später erholen als Bund und Länder.



Allein die **Stadt Hannover** hatte im Jahr 2009 Steuermindereinnahmen in Höhe von 160 Mio. € zu verkräften. Das entspricht der Hälfte des Betrages, den die Stadt für Schul- und Kindertagesstättenanierung bzw. Neubau in den Jahren 2008-2012 eingeplant hat. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Kommunen und auch die Stadt Hannover in erster Linie kein Ausgaben-, sondern ein Einnahmeproblem haben.

Die **Stadt Hannover** hält trotz der beschriebenen Rahmenbedingungen an geplanten Investitionen fest (Bau und Sanierung von Schulen, Ausbau des Kindertagesstättenangebotes...) und versucht hier entscheidende Impulse zu setzen. Investieren heißt für uns: Erhalt und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und aktive Unterstützung des regionalen Arbeitsmarktes. Investitionen sollen auch zukünftig vor allem dort stattfinden, wo sie unmittelbar den Einwohnerinnen und Einwohnern zu Gute kommen.

Öffentliche Verwaltungen und Betriebe als kommunale Arbeitgeber haben, gerade in Krisenzeiten, durch gute Arbeits- und Einkommensbedingungen eine Vorbildfunktion zu erfüllen. Dazu gehört auch ein klares Bekenntnis zur öffentlich-rechtlichen Aufgabenwahrnehmung, der „Urform“ kommunalen Handelns. Notwendige Organisationsänderungen sollen auch zukünftig ohne Privatisierung und Ausgliederung und unter Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen stattfinden. So ist es im Tarifvertrag Beschäftigungssicherung bis 2015 festgeschrieben. Im Gegenzug beteiligen sich die Beschäftigten durch Verzicht auf zwei Prozent ihres Entgelts. Dieser **hannoversche Weg** wird auch in Zukunft wichtige Voraussetzung dafür sein, die notwendige Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung gemeinsam mit den Beschäftigten zu verwirklichen.

All dies ist aber nur möglich, wenn den Kommunen dafür ausreichende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Es wird in nahezu keinem öffentlichen Haushalt gelingen, die Steuermindereinnahmen durch Konsolidierung auch nur annähernd auszugleichen.



Region Hannover

Im Haushalt der **Region** bilden die Sozialausgaben den größten Kostenblock. Die Region wendet für Jugend und Soziales annähernd 900 Millionen Euro im Jahr auf. Hier sind in den vergangenen Jahren aufgrund von externen Faktoren Kostensteigerungen von bis zu 9% pro Jahr von der **Region** zu schultern gewesen, ohne dass hierfür eine Kompensation an anderer Stelle erfolgen kann. Da es sich hier um Zahlungen handelt, auf die Berechtigte gesetzliche Ansprüche haben, hat die **Region** auch keine nennenswerten Steuerungsmöglichkeiten. Diese Mehrbelastungen resultieren im Übrigen auch daraus, dass das Einkommen vieler Personen alleine nicht mehr zur Sicherung des Existenzminimums reicht.

Als Trägerin des öffentlichen Personennahverkehrs will die Region den Menschen vor Ort auch weiterhin ein gleichermaßen vorbildliches wie umweltverträgliches Mobilitätsangebot zur Verfügung stellen. Würde die Region gezwungen werden, von diesem Standard abzuweichen, hätte dies negative Auswirkungen auf die Themen Teilhabe, Mobilität – gerade auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – und widerspricht dem Ziel der CO² Reduktion. Zudem steht die **Region** vor der Herausforderung, weiter ihre Berufsschulen zu stärken, um Jugendlichen den Übergang Schule-Beruf und damit den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern – eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft überhaupt!

Die **Region** bekennt sich ausdrücklich zum Ziel der Aufrechterhaltung der kommunalen Steuerungs- und Gestaltungsfähigkeit bei der Erledigung ihrer Aufgaben. Dies ist der Garant, um Beschäftigung zu sichern und gute Arbeits- und Einkommensbedingungen zu gewährleisten.

Leistungs- und gestaltungsfähige Kommunen sind aber zwingend auf eine ausreichende Finanzausstattung angewiesen. Die dramatischen Einnahmeeinbrüche der Vergangenheit können alleine durch keine noch so konsequente Konsolidierungspolitik aufgefangen werden.



Die schwierige finanzielle Situation für Region und Stadt wird durch die Zunahme gesetzlicher Aufgabenzuweisungen durch den Bund, durch steigende Qualitätsanforderungen, ohne dass dabei den Kommunen die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, weiter verschärft.

Deshalb fordern die Unterzeichner mit dieser gemeinsamen Erklärung

- Eine Wirtschafts- und Steuerpolitik, die sich nicht an privater Gewinnmaximierung ausrichtet, sondern sich an der Frage ihres Nutzens für unsere Gesellschaft orientiert.
- Eine aufgabengerechte, dauerhafte und stabile Finanzausstattung der Kommunen.
- Erhalt und Ausbau der Gewerbesteuer und Weiterentwicklung zu einer Gemeindefinanzsteuer unter Einbeziehung von Selbstständigen und Freiberuflern.

Der Versuch der Bundesregierung, die Gewerbesteuer abzuschaffen, muss verhindert werden. Die vermeintlichen Alternativen, wie Zuschlagsmodelle auf Einkommensteuer und höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer belasten überwiegend die arbeitende

Bevölkerung. Die Maßnahmen aus dem sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz müssen zurückgenommen werden.

Wir brauchen:

- dringend eine angemessene Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen. Wichtige und gesellschaftlich notwendige Investitionen in Bildung, Umwelt, Integration, soziale Sicherung und öffentliche Infrastruktur müssen getätigt werden. Stabile Kommunalfinanzen stabilisieren das Vertrauen in Staat und Gesellschaft und sind das beste Konjunkturpaket.
- eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes bei gesamtgesellschaftlichen Aufgaben (Grundsicherung im Alter, Erwerbsunfähigkeit, Kosten der Unterkunft, Kinderbetreuung.....)
- Die Kostenaufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss zugunsten der Gemeinden geändert werden.
- die Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt die Rechnung!“).

Die Unterzeichner dieser Erklärung werden sich weiter aktiv für den **Erhalt kommunaler Selbstverwaltung und öffentlicher Daseinsvorsorge** einsetzen.

Hannover, den 28. Oktober 2010

Hauke Jagau
Präsident
der Region Hannover

Stephan Weil
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Hannover

Christian Gawlik
Vorsitzender des Gesamtpersonalrates
der Region Hannover

Hans-Jürgen Jeroschewski
Vorsitzender des Gesamtpersonalrates
der Landeshauptstadt Hannover

Willi Grewe
Geschäftsführer
des Bezirks Hannover / Leine-Weser
der Gewerkschaft ver.di